



## 750-Milliarden-Rettungsschirm für den Euro

# Ursachen, Folgen und Lehren der Finanzkrise

Der am 21. Mai im Bundestag beschlossene Rettungsschirm für den Euro ist der vorläufige Höhepunkt einer langen Entwicklung. Aus einer Griechenland-Krise ist eine Euro-Krise geworden. Die abwartende Haltung der Bundesregierung trägt an dieser Entwicklung maßgeblich Mitschuld. Um weitere Spekulationen gegen Mitglieder der Eurozone und gegen den Euro als Ganzes zu verhindern, hat die EU beschlossen, einen Rettungsschirm für Europa in der Größenordnung von 750 Milliarden Euro aufzuspannen. Alleine der deutsche Anteil besteht aus Bürgschaften bis zu 148 Milliarden Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei der Abstimmung enthalten. Wir stehen im Prinzip hinter dem Rettungsschirm, wollen aber keinen Blankoscheck ausstellen. Denn klar ist: Der Rettungsschirm wird nichts nützen, wenn nicht endlich die Ursachen der Krise angepackt werden. Den Spekulanten, die ganze Wirtschaftsregionen an den Rand des Abgrunds bringen, muss das Handwerk gelegt werden. Hier weigert sich Schwarz-Gelb immer noch, klare Beschlüsse zu fassen.

Mit diesem Aktuell informieren wir über die Hintergründe der aktuellen Krise. Denn viele Menschen fragen sich: Wie konnte es zu einer solchen Situation kommen? Was sind die Ursachen dafür? Wer ist dafür verantwortlich? Was kann die Politik dagegen unternehmen?

## Was steckt hinter der „Euro-Krise“?

Die aktuelle Eurokrise steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist nach der weltweiten Bankenkrise 2007/2008 und dem ebenfalls globalen Wachstumseinbruch 2008/2009 die dritte Welle der Krise. Was auf den Finanzmärkten begann, hat zuerst die Realwirtschaft mitgerissen und erfasst jetzt als Schulden- und Spekulationskrise die Staaten der Euro-Zone.

Wegen der hohen Ausgaben zunächst zur Bankenrettung und dann zur Konjunkturstützung sowie durch massive Steuerausfälle haben sich viele Staaten in den letzten Jahren zusätzlich verschulden müssen. Dies traf besonders geschwächte Staaten wie Griechenland, die bereits zuvor einen hohen Schuldenstand, eine wenig wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine stark negative Leistungsbilanz aufwiesen. Die Ursachen für die Situation in Griechenland sind vielfältig: Es gibt hausgemachte Probleme. Aber die erheblichen Leistungsbilanzunterschiede zwischen den Eurostaaten haben aber auch andere Gründe. Während beispielsweise in Griechenland die Lohnstückkosten durch expansivere Lohnpolitik stärker gestiegen sind, sind diese in Deutschland in den letzten zehn Jahren relativ konstant geblieben. Produktivitätsgewinne und Inflation haben sich kaum in einer Steigerung der Löhne niedergeschlagen. Das exportorientier-

te Deutschland hat sich durch Druck auf die Löhne Wettbewerbsvorteile auch gegenüber anderen Euro-Ländern verschafft. Die dritte Welle der Finanz- und Wirtschaftskrise entblößt auf dramatische Weise die Instabilität des europäischen Wirtschaftsraums, die durch die großen wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone entsteht.

Griechenland war das schwächste Glied in der Kette. Wie viele andere Länder auch, finanziert Griechenland seine Schulden durch neue Kredite auf den Kapitalmärkten. Dabei musste Griechenland bereits unmittelbar nach der Lehman- Pleite im Herbst 2008 eine Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit durch dubiose Rating-Agenturen hinnehmen. Eine massive Verschärfung erfuhr das Griechenland-Problem dann im Herbst 2009, nachdem die neugewählte sozialdemokratische Regierung Papandreu öffentlich machte, dass die Vorgängerregierungen die tatsächlichen Defizite des Landes durch Scheingeschäfte und Datenfälschungen auch gegenüber der EU in großem Umfang verschleiert hatten. Die massive Korrektur der griechischen Finanzdaten setzte eine sich immer schneller drehende Spirale aus Rating-Abwertungen, Zinssteigerungen auf griechische Anleihen und spekulativen Geschäften auf den Kreditausfall in Gang, die im März dieses Jahres die drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes zur Folge hatte. Neben Griechenland gerieten im Verlauf der Krise weitere Eurostaaten mit hohem Verschuldungszuwachs wie Portugal, Spanien oder Irland in den Strudel steigender Zinsen auf Anleihen und litten unter steigenden Refinanzierungskosten an den Märkten.

Bundeskanzlerin Merkel spielte sich in dieser Situation als eiserne Kanzlerin auf. Ihre Verzögerungstaktik verhinderte eine schnellere Reaktion der Europäischen Union. Innerhalb weniger Tage verdoppelten sich die Zinsen, die Griechenland für neue Kredite bezahlen musste. Es wurde schnell klar, dass das Land im April keine Anleihen mehr zu vertretbaren Zinsen würde platzieren können – Griechenland forderte am 23. April Beistand von EU und IWF. Ein 110-Milliarden- Eu-

ro-Rettungspaket wurde geschnürt, an dem sich Deutschland mit Kreditbürgschaften von 22,4 Milliarden Euro über drei Jahre beteiligt. Das Zaudern der Bundesregierung hat die Kosten des Rettungspaketes massiv nach oben getrieben.

Die zögerliche und langwierige Entscheidungsfindung führte zu einer Verstärkung des Misstrauens gegenüber der Fähigkeit der EU, mit dem Verschuldungsproblem der Mitgliedstaaten angemessen umzugehen und waren eine Einladung an Spekulanten, gegen weitere Euro-Länder vorzugehen. Es begann eine Spekulation gegen den Euro, die am Nachmittag des 7. Mai und am 8. Mai zu einem Absturz des Eurokurses gegenüber dem US-Dollar führte. Der Deutsche Bundestag beschloss am 7. Mai die Griechenland-Hilfe. Wenige Stunden, nachdem führende Politiker der schwarz-gelben Koalition auf kritische Fragen der SPD beteuerten, es sei nun „kein Cent mehr“ erforderlich, musste die Regierung Merkel schon einem vielfach größeren Rettungspaket zustimmen. Die Details dieses großen Euro-Rettungspaketes wurden von Samstag, dem 8. Mai, bis in den frühen Montagmorgen hinein von den EU-Finanzministern ausgehandelt.

### **Wie funktioniert die Spekulation gegen Staaten?**

In den Medien ist oft die Rede davon, dass ein massives Problem dadurch entstehe, dass bestimmte Finanzmarktakteure „gegen einige Staaten wettet“. Aber was bedeutet das eigentlich, wie wettet man überhaupt gegen einen Staat?

In diesem Zusammenhang ist immer von einem bestimmten Finanzmarktinstrument die Rede, nämlich von sogenannten Credit Default Swaps (CDS). Bei diesem Finanzmarktprodukt handelt es sich um eine Kreditausfallversicherung. Anleger bzw. Inhaber von Staatsanleihen können sich mit ihrer Hilfe dagegen absichern, dass ein Staat seine Staatsanleihen nicht mehr bedienen kann – der an diesen Staat gegebene Kredit also ausfällt.

Diese Versicherungen können auch von Akteuren gekauft werden können, die gar keine Staatsanleihen besitzen, die also von Verlusten nicht betroffen wären. Sie kaufen diese CDS-Papiere deshalb, weil sie eben darauf „wetten“, dass die Bonität eines Staates zukünftig schlechter eingeschätzt werden wird, und damit der Preis von CDS steigen wird. Steigt der Handel und Preise der Ausfallversicherungen an, geht davon das Signal aus, dass die Märkte an der Zahlungsfähigkeit eines Staates zweifeln, auch dann, wenn die tatsächlichen Besitzer von Staatsanleihen dies überhaupt nicht tun sollten.

Damit steigen dann die Risikoaufschläge für die entsprechenden Staatsanleihen. Der Staat muss höhere Zinsen bezahlen – mit der Folge, dass sich seine finanzielle Situation weiter verschlechtert. Anders als im Kasino handelt es sich bei einer solchen Wette also nicht nur um ein reines Glücksspiel. Sie kann auch einen Beitrag dazu leisten, dass der schlimmste Fall – die Zahlungsunfähigkeit des Staates – auch tatsächlich eintritt – quasi wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Kreditausfallversicherungen können auch deshalb so viel Schaden anrichten, weil in diesem Bereich gewaltige Summen bewegt werden. So wird der Markt von Credit Default Swaps auf ein Volumen von rund 22 Billionen Dollar geschätzt (Spiegel online, 10.05.2010).

Eine weitere Spekulationsmöglichkeit sind sogenannte Leerverkäufe. Hier bieten Spekulanten z.B. Wertpapiere oder Währungsbeträge an, die sie aber noch gar nicht besitzen. Sie setzen darauf, dass sie diese bis zu dem vereinbarten „Liefertermin“ billiger einkaufen können, als sie sie jetzt angeboten und verkauft haben. Diese Differenz streichen sie dann für sich als Gewinn ein. Werden viele dieser Wetten abgeschlossen, geht auch hiervon wieder das Signal aus, dass die Märkte von sinkenden Kursen ausgehen, z.B. von einem sinkenden Euro-Kurs.

Anleger, die diese Verluste vermeiden wollen, verkaufen darauf hin ihre Anlagen, wodurch der

Kurs dann tatsächlich sinkt. Das angestrebte Ziel der Spekulation erfüllt sich selbst.

Solche Leerverkäufe sind von der Bundesregierung nun verboten worden. Dies gilt aber nur für den deutschen Markt. Ein europäisches Verbot steht bisher noch aus.

### Wie sieht der Rettungsschirm aus?

Das Euro-Rettungspaket stützt sich auf die Ausnahmevorschrift in Art. 122 (2) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, „Lissabon-Vertrag“): Voraussetzung der Maßnahmen sind demnach außergewöhnliche Ereignisse, die sich der Kontrolle der EU-Mitgliedsstaaten entziehen. Der Rettungsschirm für den Euro umfasst 750 Milliarden Euro und besteht im Kern aus drei Instrumenten, mit denen Staaten des Euroraums geholfen werden kann, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden:

- Bis zu **60 Milliarden Euro direkter Kredithilfen** durch den EU-Haushalt, den die EU-Kommission verwaltet. Dazu hat der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister (ECOFIN) am 11. Mai eine Verordnung beschlossen, die schon in Kraft ist.
- Bis zu **440 Milliarden Euro Kredithilfen durch eine Finanzierungsgesellschaft, die von den Euro-Staaten** (nicht von der EU selbst) zu gründen ist. Diese Gesellschaft kann Geld aufnehmen und an hilfsbedürftige Eurostaaten weiter reichen. Diese Geldaufnahme wird anteilig von den Euro-Staaten garantiert. Zum deutschen Anteil daran heißt es in der Kabinettsvorlage des BMF vom 10. Mai: „Für die Bundesrepublik Deutschland errechnet sich aus der oben genannten intergouvernementalen Vereinbarung ein maximales Garantievolumen von 123 Milliarden Euro. Bei unvorhergesehenem und unabweisbarem Bedarf kann die Garantieermächtigung mit Einwilligung des Haushaltsausschusses um 20 Prozent überschritten werden.“ Also ergibt sich ein Bürgschaftsvolumen für Deutschland von bis zu 147,6 Milliarden Euro.

- Bis zu **250 Milliarden Euro zusätzlicher Beistandskredite des Internationalen Währungsfonds**.

### **Droht jetzt eine Inflation?**

Mit den Beschlüssen zum Euro-Rettungspaket wird deutlich, dass die bestehenden Stabilitätsmechanismen der Eurozone nicht ausgereicht haben. Die Staaten haften künftig gegenseitig für ihre Defizite. Die Europäische Zentralbank (EZB) finanziert durch den Kauf von Staatsanleihen erstmals die Verschuldung einzelner Staaten. Es besteht die Befürchtung, dass wegen der übermäßigen Defizite und des Ankaufs von Staatsanleihen durch die EZB eine Inflationsgefahr entstehen könnte.

Aber: Eine große Inflation ist auf absehbare Zeit nicht wahrscheinlich. Anders als im Rahmen der vorangegangenen Finanzkrise wird die EZB nach eigener Ankündigung mit dem Ankauf von Staatsanleihen ihre nicht in großem Umfang zusätzliches Geld in den Markt pumpen. Offenbar will sie im gleichen Umfang, wie sie jetzt Staatsanleihen am Markt kauft, andere Vermögenswerte verkaufen, so dass die Geldmenge nicht inflationär ausgedehnt wird.

### **Warum hat die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt?**

Die Bundesregierung hat wegen interner Differenzen zwischen Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sowie aufgrund parteipolitischer Rücksichtnahme auf die Landtagswahl in NRW den europäischen Entscheidungsprozess seit Beginn dieses Jahres behindert und verzögert.

Schäuble hatte die umfassendere Dimension des Problems erkannt und mit seinem Plädoyer für einen Europäischen Währungsfonds schon vor dem EU-Gipfel im März ein Gesamtkonzept zum Umgang mit dem europäischen Verschuldungsproblem in Aussicht gestellt. Es ließ allerdings die

Dringlichkeit der Lage völlig außer Acht. Denn ein solcher Fonds konnte für den Fall Griechenland keine Lösung bieten. Die Kanzlerin bremste die Überlegungen ihres Finanzministers ebenso aus wie sie die Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen leugnete. Allen Entwicklungen an den Finanzmärkten zum Trotz hoffte Merkel, eine Diskussion über einen deutschen Hilfsbeitrag über den Zeitpunkt der NRW-Wahl hinausschieben zu können.

Die internationalen Beobachter sind sich einig: Kanzlerin Angela Merkel hat mit ihrem wochenlangen Taktieren in der Griechenlandfrage die Gefährdung der gesamten Eurozone mit heraufbeschworen und die Rettung der gemeinsamen Währung viel teurer gemacht als nötig. Zudem hat sie Deutschlands Position in Europa geschadet. Sie hat den Eindruck erweckt, die Rettung des Euro – und damit letztlich auch der europäischen Einigung insgesamt – habe mühsam gegen den Widerstand Deutschlands durchgesetzt werden müssen. So hat sie Deutschland in die Isolation geführt und wurde dann von den Ereignissen und den Entscheidungen anderer Regierungen überrollt.

### **Wie können die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligt werden?**

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Weltwirtschaft erheblichen Schaden zugefügt. Nach Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind bis Ende 2009 krisenbedingt 34 Millionen Arbeitsplätze vernichtet worden. Die Europäische Zentralbank schätzt, dass die Staaten der Europäischen Union mindestens 20 Jahre brauchen werden, um die durch die Finanzkrise verursachte Staatsverschuldung zu bewältigen. Dieses Geld fehlt für Investitionen in Bildung, Forschung, öffentliche Infrastruktur und zur Bewältigung des Klimawandels. Darum müssen wir die Finanzmärkte angemessen an den Kosten der Krise, die sie zu verantworten haben, beteiligen. Außerdem muss der Spekulation Einhalt geboten werden.

#### **Finanztransaktionssteuer**

Nach Auffassung der SPD stellt eine Finanztrans-

aktionssteuer ein geeignetes Instrument dar, um Spekulationen wirksam einzudämmen. Bei ihr handelt es sich im Prinzip um nichts anderes als um eine Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, die auf den Handel mit Finanzwerten, wie Aktien, Anleihen und Derivaten, erhoben wird. Anders als z.B. Güter des täglichen Bedarfs, wie Lebensmittel, sind Finanztransaktionen bisher steuerfrei.

Bereits mit einem sehr geringen Steuersatz von 0,05 bis 0,1 Prozent, der zur Debatte steht, lassen sich so erhebliche Einnahmen erzielen. Experten gehen davon aus, dass je nach Ausgestaltung der Steuer un sere öffentlichen Haushalte im Jahr zwischen 14 und 30 Milliarden Euro mehr einnehmen könnten. Gleichzeitig sorgt der geringe Steuersatz dafür, dass vor allem spekulative Geschäfte, die mit vielen Transaktionen verbunden sind, von der Steuer erfasst werden. Langfristige Anlageformen, z.B. für die Altersvorsorge, würden nicht nennenswert verteuert (z.B. Riester-Rente). Einfache Transaktionen wie Einzahlungen und Abhebungen von einem Bankkonto wären von der Steuer ausgenommen.

### **Bankenabgabe**

Die Bundesregierung hat sich konkreten Plänen für eine Finanztransaktionssteuer bislang verweigert. Stattdessen hat sie Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Mit Hilfe dieser Abgabe sollen jährliche Einnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro erzielt werden. Diese sollen in einen Sicherungsfonds fließen, der bei zukünftigen Krisen finanziell mit einspringen soll. Dies ist auch das zentrale Problem dieses Vorschlags. An den gegenwärtigen Kosten der Krise werden die Banken nicht beteiligt, sondern nur an denen zukünftiger Finanzkrisen. Außerdem werden wichtige Finanzmarktakteure wie Hedge Fonds und Versicherungen von der Abgabe gar nicht erfasst. Aus diesem Grund wäre alleine die Erhebung einer Bankenabgabe völlig unzureichend. Aber auch für eine Bankenabgabe liegt bislang kein konkreter Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Regierung vor.

### **Finanzaktivitätssteuer (Financial Activity Tax)**

Der Internationale Währungsfonds hat einen weiteren Vorschlag in die Diskussion gebracht: Die Einführung einer sogenannten Finanzaktivitätssteuer (Financial Activity Tax). Mit Hilfe dieser „Steuer“ sollen „exzessive“ Gewinne und Gehaltszahlungen belegt werden – wobei der IWF offenlässt, was genau er unter „exzessiv“ versteht. Außerdem setzt die Finanzaktivitätssteuer nicht am Problem der Spekulation an, da sie nicht danach unterscheidet, ob die Erträge aus spekulativen Geschäften stammen oder nicht.

Auch darum könnte diese Steuer nur ergänzenden Charakter haben. Die SPD hat bereits im Jahr 2008 vorgeschlagen, hohe Gehälter stärker zu belasten und die steuerliche Abzugsfähigkeit von Gehältern über 1 Million Euro zu begrenzen. Diese Vorschläge wurde von der Union in der Großen Koalition allerdings immer blockiert.

## **8. Was will die SPD?**

Die SPD hat eine Reihe konkreter Forderungen zur strikteren Finanzmarktregulierung und zur Bekämpfung der Spekulation vorgelegt. Union und FDP haben die meisten bislang strikt abgelehnt. Inzwischen schwenken insbesondere Teile der Union auf unsere Forderungen ein, während sich die FDP immer noch schützend vor die Spekulanten stellt.

### **Im Wesentlichen fordern wir ...**

- ... die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, die auch nach Ansicht des IWF zur Dämpfung der Spekulation beiträgt, indem sie jede Transaktion verteuert und damit die Hürden erhöht, oberhalb derer sich Finanzwerten und Spekulationsgeschäfte erst lohnen.
- ... die **Regulierung von Rating-Agenturen** weiter zu verbessern und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur entweder in öffentlich-rechtlicher Organisationsform oder – analog der deutschen Börsen – mit teilweise öffentlich-rechtlicher Aufgabenwahrnehmung zu befördern. Um Interessenkonflikte auszuschließen,

sind künftig zwischen Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren, deren Produkte sie bewerten, alle sonstigen geschäftlichen Verbindungen zu unterbinden.

- ... **spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen** (Credit Default Swaps) unverzüglich, möglichst bis zum 1. Juli 2010, zu verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- ... sich nach dem Verbot von **Leerverkäufen** in Deutschland für deren europaweites Verbot einzusetzen. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.
- ... den so genannten „**grauen Kapitalmarkt**“ zu regulieren und zu beaufsichtigen. Der Markt für Derivate muss über europäische Clearingstellen und Handelsplattformen erfolgen, die wirksam reguliert werden. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.
- ... sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass für **Verbriefungen ein signifikanter Selbstbehalt** eingeführt wird, höher als die 5 Prozent, die im Entwurf der Richtlinie der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden.
- ... den **Anleger- und Verbraucherschutz** in Europa weiter zu verbessern (z. B. durch die Einführung eines „Finanz-TÜV“).

### Europäische Bürgerinitiative gegen Spekulanten

Weil sich immer mehr abzeichnet, dass wirksame europaweite Regeln für die Finanzmärkte auf die lange Bank geschoben werden, haben die Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands (SPD)

und Österreichs (SPÖ) Mitte Mai vereinbart, eine „Europäische Bürgerinitiative“ gegen Finanzmarkt-Spekulanten auf den Weg zu bringen.

SPD und SPÖ erwarten dazu vom Europäischen Parlament und vom Rat eine schnelle und unbürokratische Umsetzung dieses neuen Instruments bis zum Herbst des Jahres 2010. Zugleich werden die beiden Parteien die kommenden Wochen und Monate nutzen, um eine möglichst breite Unterstützung einer solchen Initiative zu erreichen. Gemeinsam mit den anderen sozialdemokratischen Parteien Europas, den europäischen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in den EU-Mitgliedsstaaten soll der politische Druck weiter erhöht werden, um den Vorrang demokratisch legitimierter Politik vor den wirtschaftlichen Interessen der Finanz- und Kapitalmärkte zurückzuerobern.

### Was muss sonst noch zur Flankierung des Rettungspakets passieren?

Das Rettungspaket verändert mit einem Schlag und grundlegend die Architektur der Europäischen Währungsunion (EWU) und wird damit weitreichende Konsequenzen auch für den weiteren Kurs der europäischen Einigung haben.

Ein wesentlicher Kern der Währungsunion, nach dem jeder Euro-Staat für sich selbst verantwortlich ist, wird mit dem Rettungsschirm (nach der noch als Einzelfall behandelten Griechenland-Hilfe) faktisch außer Kraft gesetzt. Er wird zumindest für die kommenden Jahre durch ein System gegenseitiger finanzieller Verantwortung für die von den Einzelstaaten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen ersetzt.

Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU wird wegen des neu geschaffenen Haftungsverbundes künftig in sehr viel größerem Maßstab Gegenstand einer gemeinsamen europäischen Verantwortung sein. Sie muss sich in rechtlichen und institutionellen Veränderungen der EU abbilden. Dies gilt insbesondere

auch angesichts der Tatsache, dass erstmals auch die EU selbst Stützungskredite an einzelne Eurostaaten vergeben können soll.

Unsere ebenfalls bereits in der Griechenland-Entscheidung enthaltenen weitergehenden Forderungen treten daher noch stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit:

- Eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union durchzusetzen und diese um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu ergänzen. Zudem muss die Europäische Union künftig in die Lage zu versetzt werden, Krisen rasch und

selbständig zu lösen. Dazu brauchen wir einen europäischen Mechanismus für Finanzstabilität.

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss bekräftigt und in seiner Funktion gestärkt werden, insbesondere die zuständigen europäischen Institutionen müssen wirksame Maßnahmen ergreifen können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Euro-Staaten notwendig sind. Hierzu ist in einem ersten Schritt das europäische Statistikamt EUROSTAT mit mehr Durchgriffs- und Weisungsrechten gegenüber den nationalen Statistikämtern auszustatten und der Europäische Rechnungshof zu stärken.